



# Garrelt Duin

## Ostfriesisch. Klar.

## Newsletter



Berlin, 13. Mai 2011

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 5 / 2011 I

## Strom: Industrie ist ein Lackmus-Test

Deutschland braucht Dienstleistungen und einen industriellen Kern

Walter Ganz ist Schwabe und sein alter Vater, längst Rentner, ein handfester Autobauer, wie er im Ländle nicht selten ist. Wenn Ganz dem Vater über seine Arbeit als Direktor des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation erzählt und dabei die Bedeutung der Dienstleistungen hervorhebt, fragt der Senior: „Kann man denn damit Geld verdienen?“

Und ob. Dreiviertel der Wertschöpfung in Deutschland quillt mit wachsender Dynamik aus Dienstleistungen, ein Viertel aus

der Industrie. Grund genug für die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion, sich mit Dienstleistungen näher zu befassen. Referent und Diskussionspartner war Walter Ganz, Obmann Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, leitete die Sitzung.

Dienstleistungen treiben alle neuen Entwicklungen, müssen wie ein Auto entwickelt und konstruiert werden und verändern ganze Geschäftsmodelle. Die Gewinne aus vor- und nachgeschalteten Dienstleistungen sind oft höher als die des Produkts selbst. Dennoch werden sie häufig gering geschätzt, und die ehrenwerte Tätigkeit des Friseurs muss erhalten, um die Dienstleistung abzuwerten: „Dann können wir uns ja gegenseitig alle die Haare schneiden.“ Eine völlige Verkenning der Produktivkraft der Dienstleistungen, sagt Ganz.

Industrie und Dienstleistungen sind eng verzahnt. „Wir müssen sie deshalb gemeinsam sehen“, rät Ganz. Er lässt keinen Zweifel daran, dass „wir einen industriellen Kern brauchen“. Die SPD ist

gegenwärtig die einzige Partei, die sich vorbehaltlos zur Industrie bekennt. Die CDU eiert herum. Garrelt Duin: „Es ist ein Lackmus-Test für die Politik in der Energiefrage, wie sie es mit der Industrie hält, insbesondere mit der stromintensiven.“ Man kann nicht die Industrie erhalten wollen und sie mit hohen Strompreisen vom deutschen Markt fegen.

### Grundlasttarife und Forschung

Grünen und Teilen der CDU sind stromintensive Betriebe ein Dorn im Auge, obwohl wir nicht darauf verzichten können. Beispiele sind die Herstellung von Zement, Aluminium und Chemie-Produkten. Auch Rechenzentren zapfen viel Strom. Die SPD bringt Grundlasttarife ins Gespräch, um die stromintensive Industrie wettbewerbsfähig zu halten. Oder sie fordert die Regierung auf, endlich Forschung und Entwicklung steuerlich zu fördern - um bei entscheidenden Produkten wie Motoren für Elektroautos ein Wort mitreden zu können. Duin: „Wir brauchen moderne und alte Industrie mit hohem Umweltstandard. Und die Energie muss für alle bezahlbar bleiben.“

*Moin!*

Die Dänen spinnen. Sie wählen Rechtspopulisten in die Regierung, die dann nichts Besseres zu tun hat, als die Menschen an der freien Einreise ins Land zu hindern. Das geht uns hier nichts an? Auch die niederländische Regierung ist nur handlungsfähig, wenn der Rechtspopulist Wilders den Daumen hebt. Auch Sarkozy und Berlusconi scheuen sich nicht, das Schengen-Abkommen als lästige Bremse für neue Barrieren an ihren Grenzen lächerlich zu machen. Über Europa wird viel geschimpft. Manchmal zu Recht. Aber wenn jemand grundsätzlich keinen Grund dazu hat, dann wir Deutschen. Europa hat uns eine nie gekannte lange Friedensgeschichte beschert. Unsere hochgradig exportabhängige Industrie profitiert vom Euro. Und weil wir zum Glück alle älter werden, brauchen wir ausländische Fachkräfte, die unseren Wohlstand sichern und unsere Renten bezahlen. Was wir nicht brauchen, sind neue Schlagbäume an den Grenzen.

*Garrelt Duin*



„Wir müssen Dienstleistungen entwickeln und konstruieren wie ein Auto“: Walter Ganz vom Fraunhofer-Institut.

# Industriepolitik als Markenkern der SPD

**Strom muss für Privathaushalte und Wirtschaft bezahlbar bleiben / Auch um stromintensive Betriebe kümmern**

Sicherung des Industriestandorts Deutschland: Das kann sich Klaas Hübner als einen Markenkern der SPD gut vorstellen. Der Unternehmer, der sich in mehreren Betrieben in Sachsen-Anhalt auf Anlagenbau spezialisiert hat, gehörte bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 2009 zur Führungsspitze der Fraktion. Heute leitet er nebenberuflich den Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. In diesen Tagen diskutierte er mit SPD-Abgeordneten über die Zukunft der Industrie.

Die Energiefrage spielte dabei wie zurzeit überall eine Rolle. In seinem eigenen Unternehmen gibt Hübner schon jetzt eine Million Euro im Jahr mehr für Energie aus als vorher. Deshalb sei es für Wirtschaft und Privathaushalte wichtig, die Energiepreise stabil zu halten.

Hübner wirbt auch für stromintensive Betriebe, die besonders den Grünen ein Dorn im Auge



Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, leitete eine Versammlung von sozialdemokratischen Abgeordneten mit dem Unternehmer Klaas Hübner, bis zur letzten Wahl ebenfalls sozialdemokratisches Mitglied des Bundestags.

sind - und die CDU lässt sie links liegen. Viel Strom braucht man zur Produktion von Zement, Aluminium oder Dämmstoffe für energetische Haussanierungen. Auch Chemiebetriebe und Re-

chenzentren sind energieintensiv. Garrelt Duin: „Auf diese Branchen können wir nicht verzichten, wegen der vielen Arbeitsplätze und der Produkte, auf die wir nicht verzichten können.“ Hübner

und Duin sind sich einig, dass die SPD wieder mehr ihre wirtschaftspolitische Kompetenz pflegen muss. Duin: „Nur mit einer stabilen Wirtschaft können wir gute Sozialpolitik bezahlen.“

## Missbrauch eindämmen

**Zeitarbeit ein gesellschaftliches Problem**

Die Zahl der Zeit- und Leiharbeiter beträgt im deutschen Durchschnitt „nur“ zweieinhalb Prozent der Stammbeschafteten. Regional ist sie jedoch extrem unterschiedlich. In Ostfriesland steigt sie stellenweise auf bis zu zehn Prozent. Garrelt Duin: „Es ist deshalb bei uns nicht nur ein ökonomisches, sondern schon ein gesellschaftliches Problem.“

Es gibt Menschen, die sich über Jahre mit Zeitarbeit über Wasser halten. Sie können nur schwer eine Familie planen oder gar ein Haus bauen, weil sie von der Bank oft keinen Kredit bekommen. Begründung: Zeit- oder Leiharbeit. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Karin

Evers-Meyer aus Varel und Ingo Egloff aus Hamburg machen dieselben Beobachtungen. Egloff: „Von vielen großen Firmen ist das an sich gute Zeitarbeitsgesetz ausgenutzt worden.“

Klaas Hübner, Leiter des Managerkreises bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, berichtet, dass Zeitarbeit im Mittelstand kaum eine Rolle spiele. Indirekt habe Zeitarbeit dabei geholfen, in vielen Großbetrieben das Stammpersonal in der Krise zu halten - weil Zeitarbeiter entlassen worden seien. Hübner erklärt, dass Missbräuche bei der Zeitarbeit vom Gesetzgeber eingedämmt werden müssen. Duin: „Leider sind Union und FDP hier taub auf den Ohren.“

## Geldströme besteuern

**Finanzakteure für Folgen der Krise haften lassen**

Nirgendwo versagt das System Merkel so dramatisch wie in der Euro-Krise. Die Griechenland-Rettung gilt als gescheitert. Auch Portugal und Irland finden keinen Weg aus der Schuldenkrise. SPD-Fraktions-Chef Frank-Walter Steinmeier: „Der Wortbruch und die Heimlichtuerei Merkels schaffen kein neues Vertrauen. Es reicht nicht, den Steuerzahler als Generalbürgen für die Folgekosten der Finanzkrise haften zu lassen, ohne die Finanzakteure substantiell zu beteiligen.“

Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher, verlangt eine Finanztransaktionssteuer, eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte: „Wir brauchen außerdem eine

Gläubigerbeteiligung, damit Länder wie Griechenland wirtschaftlich nicht durch die Zinsschraube stranguliert werden.“

Eine Lösung der Krise auf Dauer gibt es nur, wenn nicht nur Deutschland, sondern auch wachstumsschwache Euro-Länder neue Impulse für eine wirtschaftliche Entwicklung setzen können. Das ist eine Aufgabe dieser Länder selbst. Duin: „Aber Europa darf sie dabei nicht im Stich lassen.“

Die Regierung Merkel mit ihrem Wankelmut wird die Krise Europas nicht überwinden. Wir Sozialdemokraten sehen uns in der historischen Herausforderung, die europäische Einheit zu sichern.

# SPD zeigt Flagge für die maritime Wirtschaft

**Bundestag debattiert erstmals das Thema Maritime Wirtschaft / Regierung lässt die Branche im Regen stehen**

Es hatte Symbolcharakter: Die Regierungsbank war nur schwach besetzt, ein paar parlamentarische Staatssekretäre verloren sich in den Reihen, kaum ein Minister war zu sehen. Dabei stand erstmals in der Geschichte des Bundestags der Punkt Maritime Wirtschaft auf der Tagesordnung.

Der CDU/CSU kann man nicht den guten Willen absprechen, sich für die maritime Wirtschaft einzusetzen. Aber sie kann sich nicht gegen die FDP durchsetzen. Die Liberalen lehnen zum Beispiel die Verlängerung der Kredit- und Bürgschaftshilfen ab und wollen das Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung kippen.

Während der Maritime Koordinator der Bundesregierung, FDP-Mann Otto, sich mit dem Satz zurücklehnte, „die Branche ist besser durch die Krise gekommen als erwartet“, legte Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, den Finger in die Wunde: „Die Regierung lässt den Marineschiffbau verhindern. Erstmals in der Geschichte der Bundesregierung



Die Schlagader Emdens ist der Hafen. Von dort machen sich - neben vielen anderen Schiffen - die Autotransporter auf den Weg nach Amerika. Aber auch die Kreuzfahrtschiffe der Meyer-Werft werfen Anker zum Ausrüsten.

gibt es keinen einzigen Marineschiffbau-Auftrag.“ Dadurch gefährdet sie Arbeitsplätze und nimmt in Kauf, dass technisches Knowhow verschwindet, zumal auch der Export einbricht., wenn die Regierung so genannte Hermes-Bürgschaften verweigert.

Duin und der Bremer Abgeordnete

Beckmeyer appellierten in ihren Reden noch einmal eindringlich an die Regierung, die Finger zu lassen von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV). Wie berichtet, will Verkehrsminister Ramsauer, CSU, die WSV in ihren Aufgaben einschränken und stattdessen private Firmen mit klassischen Aufga-

ben der WSV beauftragen. Davor warnt die SPD und sieht sich einig mit der Schifffahrts-Branche und den Gewerkschaften. Duin machte an einem weiteren Beispiel klar, was von der CDU im maritimen Bereich zu halten ist: „In ihrem Antrag erwähnt sie die Fischerei mit keinem Wort.“ Dazu steht unten ein Bericht.

## Ramsauers Schnapsidee

**Windstrom: Regierung will nur Offshore fördern**

Die Regierung Merkel überschlägt sich fast in der Energiepolitik. Fast täglich kommt sie mit neuen Plänen, die aber eher unverbindlichen Charakter haben. Wenn es jedoch konkret werden soll, wird es leicht kurios: Verkehrsminister Peter Ramsauer, CSU, der nebenbei auch die bewährte Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zerschlagen will, verkündet allen Ernstes, dass künftig nur noch Windkraftanlagen auf hoher See (Offshore) gefördert werden sollen. Windmühlen-Betreiber an Land sollen leer ausgehen.

Dabei stehen die Onshore-Windparkbetreiber ebenfalls vor großen Investitionen. Die meisten

Windmühlen müssen aufgerüstet werden (Repowering), damit sie mehr Strom liefern. Der Wind weht nun einmal kräftiger in der Höhe als in Bodennähe. Gerade Deutschlands Windmühlenbauer Nummer eins, Enercon in Aurich, wird sich über Ramsauers Schnapsidee freuen, denn Enercon will an Land bleiben. Die Offshore-Windenergie ist Gegenstand eines umfassenden Antrags der SPD-Bundestagsfraktion.

Garrelt Duin: „Darin verlangen wir ein Gesamtkonzept, schnelle Genehmigungsverfahren, leistungsfähige Stromnetze und den Ausbau der Häfen wie Emden für die Offshore-Windindustrie.“

## Fischerei tut Not

**SPD-Bundestagsfraktion macht der Regierung Beine**

Die Menschen an der Küste brauchen die Fischer - für die Fischwirtschaft, die Werften und den Tourismus. Trotzdem: Es geht den Fischern nicht gut. Jüngst ließen ostfriesische Granatfischer aus Protest gegen niedrige Erlöse ihre Kutter im Hafen.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich in einer Anfrage an die Regierung für die Fischer stark. Garrelt Duin: „Fischer mussten zu oft weichen - ob Sand- und Kiesabbau, Offshore-Windparks, Flussvertiefungen oder Ölbohrungen - immer gingen Fanggründe verloren.“ Die SPD will die Fischerei als maritime Wirtschaftsform erhalten. Sie fordert deshalb von

der Regierung, die Fischer an der Nationalen Maritimen zu beteiligen; den Verlust von Fanggründen möglichst zu vermeiden oder sonst einen finanziellen Ausgleich zu zahlen; Fischern ihren Beruf zu sichern und Perspektiven zu verbessern; sich für stabile Fangquoten in Brüssel einzusetzen; alternative Fischereimethoden zu entwickeln und zu unterstützen; für nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen zu streiten; den Ausbau von Fischzucht in Gewässern zu fördern; die deutsche Fischereiforschung zu verstärken und international wettbewerbsfähig zu halten; die Bürokratie in der gemeinsamen Fischereipolitik zu verringern.

# Mit Mindestlohn gegen Lohndrückerei

**SPD-Bundestagsfraktion: Regierung muss für faire Arbeitsbedingungen sorgen**

Um Lohn- und Sozialdumping auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, brauchen wir klare Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das ist grundsätzlich schon immer nötig gewesen, aber nie war es mehr erforderlich als seit dem 1. Mai dieses Jahres. Denn seitdem können alle Männer und Frauen aus Ländern, die 2004 der EU beigetreten sind, überall in der Europäischen Union arbeiten. Es sind vor allem osteuropäische Staaten wie Polen oder Tschechien, für die eine so genannte Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt.

Die Bundesregierung spielt das Problem herunter, ohne zu wissen, ob nicht doch Arbeitnehmer

aus diesen Ländern für'n Appel und 'n Ei in Deutschland arbeiten, so die Löhne drücken und die Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag die Regierung auf, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne auszuschalten. Garrelt Duin: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss gelten. Dafür brauchen wir einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir schlagen 8,50 Euro pro Stunde vor.“

In das Arbeitnehmer-Entsendegesetz müssen alle Branchen aufgenommen werden.

Auch mit Scheinselbstständigkeit muss endlich Schluss sein.

Um gegenüber anständig arbeitenden Handwerksbetrieben und anderen Unternehmen mehr Gerechtigkeit walten zu lassen, müssen soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mehr Gewicht erhalten. Duin: „Eine Lohnuntergrenze und Tarifreue müssen Voraussetzungen für die Auftragsvergabe von Behörden sein.“

Nötig bleibt eine wirksame Kontrolle von Schwarzarbeit, und Generalunternehmer müssen für den Einsatz von entsandten Arbeitnehmern haften.

# Viel Luft

**Merkels Haushaltspolitik**

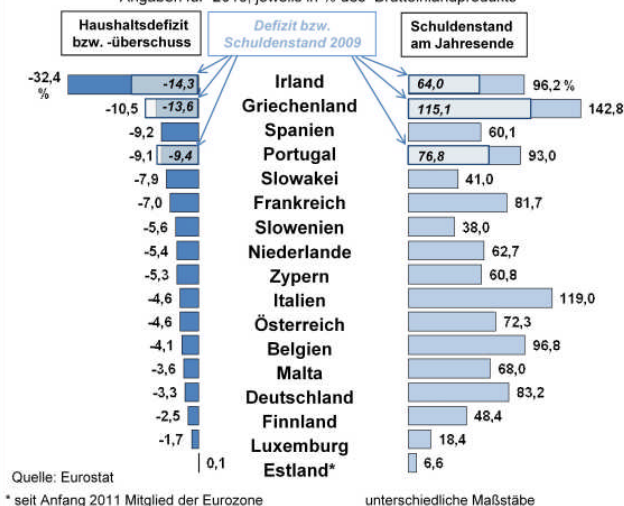
Die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist ein Trauerspiel. Sie basiert in wichtigen Teilen auf Luftschlössern. Wo und wie wird die durch den Atomausstieg entfallene Brennelementesteuer für den Fonds für die Erneuerbaren Energien ersetzt? Wo bleiben die Milliarden aus der Finanztransaktionssteuer, die nicht kommt?

Wo sind die Einnahmen aus der Bankenabgabe? Sie werden noch niedriger sein als versprochen. Wo sind die Milliarden-Einsparungen bei der Bundeswehr? Sie sind Makulatur, denn aus Einsparungen sind Milliarden von Mehrausgaben geworden. Garrelt Duin: „Guttenberg hat die Bundeswehr-Reform vor die Wand gefahren.“ Vor allem über dem Standort Aurich hängt nach wie vor ein Damokles-Schwert.

## Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

### Ein Jahr Euro-Krise und kein Ausweg

Angaben für 2010, jeweils in % des Bruttoinlandsprodukts



Nach einem Jahr Euro-Krise ist aus den Stabilitätsproblemen der Währungszone eine Vertrauenskrise der europäischen Einigung geworden. Die Schuldenprobleme Griechenlands und Irlands haben sich nicht verbessert, sondern verschlimmert: Ende 2009 lag die Defizitquote Irlands bei -14%, Ende 2010 bei -32%. Die Schuldenstandsquote Griechenlands erhöhte sich von 115% auf 142%, diejenige Irlands von 64% auf 96%, diejenige Portugals von 77% auf 93%. Die bisherige Krisenstrategie ist gescheitert, weil zentrale Probleme ausgeblendet wurden. Fragen wie die Beteiligung der Finanzmarktakteure an den Krisenlasten, Gläubigerbeteiligung, Investitionen, Schritte zur Harmonisierung der Unternehmenssteuern müssen auf die Tagesordnung.

© Planungsgruppe

## Versagen

**Steinmeier kontra Merkel**

Der Verlust von Vernunft und Verantwortungsbewusstsein ist ein grundlegendes Versagen der Regierung Merkel. SPD-Fraktions-Chef Frank-Walter Steinmeier hält der Kanzlerin vor, sich von Stimmungen treiben zu lassen, statt Realismus und Standhaftigkeit zu zeigen. Zwar sei Deutschland stärker als andere Länder aus der Krise gekommen. Doch so wie die wirtschaftliche Blüte von heute auf die Politik von gestern folge, so gelte auch „Das politische Versagen von heute ist die Misere von morgen.“

Ob Europa, ob Energie, Industrie, Finanzen, Arbeit oder Integration - Kanzlerin Merkel hat Deutschland in europäischen Treibsand geführt. Deshalb können viele Menschen sich nicht über den wirtschaftlichen Aufschwung freuen, weil sie nicht davon profitieren. Garrelt Duin: „Das ist ein Unding.“

## Spruch der Woche

**„Wenn ich jetzt wenig sage, heißt das nicht, dass ich wenig weiß“**

Oliver Maibaum, Managing Director der Leipziger Strombörse, vor dem Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie



### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445  
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

### Bildrechte

Fraunhofer IAO, Stadt Emden, eigene Aufnahme, Frank Ossenbrink